

TiSA TANGIERT ZWEI MILLIARDEN MENSCHEN

SIEBEN GRÜNDE WARUM DAS GEPLANTE DIENSTLEISTUNGSABKOMMEN UNSER GEMEINWOHL BEDROHT

Während Politik, Medien und Zivilgesellschaft über den Inhalt des Pariser Klimaschutzabkommens diskutieren, verhandelt die EU Kommission über ein neues Handelsabkommen. Der Titel, „Trade in Services Agreement“ (abgekürzt: TiSA), bedeutet auf Deutsch „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“, und klingt unverfänglich. Doch was umfasst TiSA konkret?

1 Die Absicht hinter TiSA: Den Handel weiter deregulieren

Im März 2013 fand die erste Verhandlungsrunde statt. Bisher sind 50 Länder beteiligt. Neben der Europäischen Union (EU), die bei den Verhandlungen alle 28 Mitgliedsstaaten repräsentiert, sind es: Australien, Kanada, Chile, Chinesisch-Taipeh, Kolumbien, Costa Rica, Hongkong, Island, Israel, Japan, Korea, Liechtenstein, Mauritius, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Peru, die Schweiz, die Türkei und die USA. Sie sind alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO). Zu einem späteren Zeitpunkt könnten China, Vietnam, Malaysia, die Philippinen und Thailand TiSA beitreten.

Nach Angaben der EU Kommission soll TiSA Handelshemmnisse abbauen und dadurch zu einer Steigerung des Anteils des Handels mit Dienstleistungen am Außenhandel der Europäischen Union (EU) führen. Bisher liegt dieser Anteil bei 25 %. Als Handelshemmnis gelten „diskriminierende Regeln“, die potenzielle Gewinne von Unternehmen begrenzen. Das können Regelungen für Telekommunikationsdienste oder Auflagen für Finanzdienstleistungen sein. Die meisten Verhandlungsführer sollen bereits Art und Umfang der Dienstleistungen angegeben haben, die sie in ihren jeweiligen Ländern für den Handel öffnen möchten. Alle Verhandlungsrunden zu TiSA fanden in Genf statt, abwechselnd von der EU, den USA und Australien geleitet. Bis Ende 2016 waren es 21 Verhandlungsrunden.

Nur drei Monate nach dem Auftakt der TiSA-Gespräche begannen die offiziellen Verhandlungen zwischen der EU und den

USA zum geplanten Abkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Obwohl TiSA als hierarchisch höher im Vergleich zu TTIP oder zu CETA (Comprehensive and Economic Trade Agreement) eingestuft werden kann, berichteten die Medien sehr wenig darüber. Bezogen auf die beteiligten Länder würden die TiSA-Bestimmungen rund zwei Milliarden Menschen betreffen (Bild 1). Bei TTIP sind es 830 Millionen und bei CETA – bei dem das europäische Parlament der vorläufigen Anwendung des Abkommens zustimmte – 545 Millionen.

Anders als beim Pariser Klimaschutzabkommen, bei dem die Unterzeichnerstaaten keine konkreten Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung vereinbarten, sind die TiSA-Bestimmungen von großer Tragweite. TiSA würde die Macht transnationaler Konzerne stärken und demokratische Entscheidungen der Bürger umgehen. Sollte dieses Dienstleistungsabkommen tatsächlich in Kraft treten, würde es das Gemeinwohl gefährden. Deshalb ist es wichtig, den Inhalt der geplanten suprastaatlichen Rechtsregelungen genauer unter die Lupe nehmen.

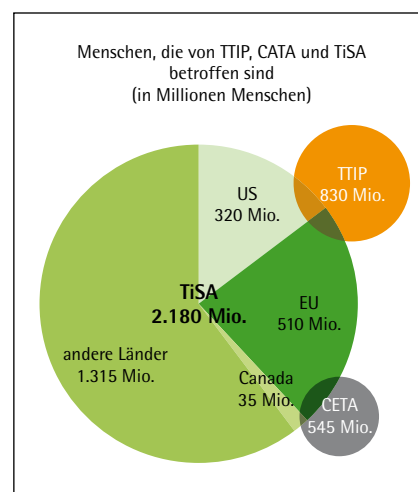


Bild 1: Wirkungsbereich der derzeit verhandelten Handelsabkommen TiSA (2 Mrd. Menschen), TTIP (830 Mio.) und CETA (545 Mio.)

2 Verhandlungen finden unter höchster Geheimhaltung statt

Seit dem Vertrag von Lissabon (2009) ist die EU bei Fragen zur Handelspolitik alleine zuständig. Zuvor erteilen die EU-Mitgliedsstaaten der Kommission ein Mandat. Bei TiSA haben die Unterhändler stärker als bei TTIP darauf geachtet, dass keine relevanten Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Die Verhandlungsposition der Kommission zu TiSA ist nicht transparent. Erst zwei Jahre nach Verhandlungsbeginn wurde das vom Europäischen Rat erteilte Verhandlungsmandat auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlicht. Zu dem Zeitpunkt fanden bereits elf Verhandlungsrunden statt.

Erst nachdem Wikileaks 2015²⁾ und die niederländische Greenpeace-Sektion 2016³⁾ TiSA-Vertragstexte veröffentlichten, erfuhr die Öffentlichkeit mehr über das Abkommen. Einige Dokumente unterliegen einem fünfjährigen Veröffentlichungsverbot (Bild 2). Vor der Veröffentlichung schrieben die Greenpeace-Aktivisten die ursprünglichen Texte ab und entfernten offensichtliche Rechtschreibfehler und Textmarkierungen. Solche Fehler hatten die TiSA-Unterhändler vermutlich absichtlich in die Texte eingefügt, um Hinweisgeber im Falle einer nicht autorisierten Weitergabe der Dokumente zu identifizieren.

Nach und nach veröffentlicht die EU Kommission mehr Informationen im Internet. Beispielsweise soll das Abkommen aus drei Teilen bestehen (Tabelle 1). Zudem sind bei TiSA Dienstleistungen, die ausschließlich durch Regierungsbehörden „auf nichtkommerzieller Basis“ ausgeführt werden, ausgeschlossen. Damit sind Aufgaben der Justiz, Polizei oder des Militärs gemeint.

TiSA soll auf den Kernbestimmungen des bisherigen WTO-Abkommens zum Handel mit Dienstleistungen – genannt GATS (General Agreement on Trade in Services) – basieren.

Es stellt ein plurilaterales Abkommen dar. Das bedeutet, dass sich TiSA auf

Declassify on: *Five years from entry into force of the TISA agreement or, if no agreement enters into force, five years from the close of the negotiations.*

Quelle: Wikileaks

Bild 2: Hinweis auf einem „geleakten“ Dokument: „Aufhebung der Geheimhaltung: Fünf Jahre nach Inkrafttreten des TISA-Abkommens oder, falls keine Vereinbarung in Kraft tritt, fünf Jahre nach Abschluss der Verhandlungen“

mehrere WTO- Mitgliedsstaaten bezieht. Im Gegensatz dazu betrifft ein multilaterales Abkommen alle Mitglieder. Sollten sich mehr WTO-Mitglieder TiSA anschließen, könnte es somit später als multilaterales Abkommen innerhalb der WTO übernommen werden.

3 Gesetze, um den Klimaschutz zu stärken, wären kaum möglich

Prinzipiell kann das Abkommen fast alle Arten von Dienstleistungen umfassen. Einige Unterhändler möchten bei TiSA Dienstleistungen miteinbeziehen, die noch nicht existieren. Jede Partei muss alle Dienstleistungen, die von TiSA ausgenommen werden sollen, explizit in einer Negativliste auflisten, damit diese vor Deregulierungen und Privatisierungen geschützt sind. Nach Angaben der EU Kommission sollen die Bereiche öffentliche Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen, staatlich finanzierte Bildung, Dienstleistungen zur Wasserversorgung sowie audiovisuelle Dienstleistungen generell aus dem TiSA-Abkommen ausgeschlossen werden.

In TiSA werden weder die Ziele für nachhaltige Entwicklung noch internationale Klimaziele erwähnt. Es gibt keinerlei Verpflichtung fossile Energietechnologien durch die Nutzung von Erneuerbaren Energien zu ersetzen und somit eine Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Das Ziel von Paris, die

Klimaerwärmung einzudämmen, ist hier kein Thema mehr.

4 Die Stillstandsklausel würde strengere (Umwelt-)Gesetzgebungen verhindern

Die Stillhalteklause („standstill clause“) besagt, dass es nicht weniger Liberalisierung als bei Abschluss des TiSA-Abkommens geben darf. Die Durchsetzbarkeit des Vorrangs für Erneuerbare Energien und eines Bauverbots für Atomkraftwerke oder eines Frackingverbots wären dadurch sehr fraglich.

5 Durch die Sperrklinkenklausel wäre die Liberalisierung von Dienstleistungen unumkehrbar

Die Sperrklinkenklausel („ratchet clause“) führt dazu, dass eine Regierung bereits durchgeführte Deregulierungen nicht mehr rückgängig machen kann. In allen beteiligten Staaten wäre dadurch die Rekommunalisierung von Stadtwerken oder eine andere Rücknahme von Privatisierungen nicht mehr möglich. Vor allem, wenn die Vertragsparteien Energiedienstleistungen nicht auf die Negativliste gesetzt haben. Ohne, dass den Regierungen das Recht zugesprochen wird, das zu verhindern, würden öffentliche Strukturen nach und nach weltweit privatisiert werden. Solche Bestimmungen gefährden den Rechtsstaat und untergraben die Demokratie.

6 Regierungen wären verpflichtet, Unternehmen über innerstaatliche Gesetzesentwürfe zu informieren

Diese Bestimmung zeigt das große Ungleichgewicht zwischen der Macht der Bürger und dem Einfluss der Konzerne auf. Auf der einen Seite fehlt Transparenz hinsichtlich der Information der Bürger. Auf der anderen Seite könnten Unternehmen durch die angedachte Informationspflicht der Regierungen, sie frühzeitig über geplante Regelungen zu informieren, jegliche Gesetzesinitiative noch stärker als bisher in ihrem Sinne beeinflussen.

Sie würden ihre Macht ausweiten. Zudem könnte es dazu kommen, dass Politiker aus Angst, dass eine geplante Einführung höherer Standards als Handelseinschränkung gewertet wird, keine neuen Gesetze im Sinne des Gemeinwohls mehr einzuführen. Seien es Vorgaben zum Datenschutz oder zum Handel mit Finanzprodukten. Regulierungen wären dadurch wie eingefroren – dieser Effekt heißt auf Englisch „regulatory chill“.

7 TiSA würde eine demokratische Mitbestimmung auf allen politischen Ebenen verhindern

TiSA beschränkt sich nicht auf staatliches Handeln auf der nationalen Ebene, sondern betrifft auch alle darunter angesiedelten Politikebenen – Bundesländer, Landkreise, Städte und Gemeinden. Anstelle Regulierungen als Hemmnisse für Investitionen zu behandeln, sollte jede Gemeinde das Recht haben, eine Rücknahme einer Privatisierung über einen offenen demokratischen Prozess zu entscheiden.

Gewählte Politiker sollten ihr Mandat nicht missbrauchen, indem sie geheime Verhandlungen von nicht gewählten Unterhändlern billigen. Die Inhalte in TiSA würden rund zwei Milliarden Menschen betreffen und spätere Regierungen an die Bestimmungen binden. TiSA würde letztlich die Demokratie abschaffen und den global agierenden Unternehmen das Feld überlassen.

Es ist noch nicht klar, ob die TiSA-Verhandlungsrunden weitergeführt werden. Eventuell wird das Abkommen in der Form nie umgesetzt werden. Bisher hat die Kommission nur bekannt gegeben, dass am 17.05.2017 ein Gespräch in Brüssel zur Vorstellung des Abschlussberichts der Umweltverträglichkeitsprüfung zu TiSA stattfinden soll. Das gefährliche am TiSA-Projekt ist, dass davon auszugehen ist, dass diese neoliberale Agenda in alle zukünftigen geplanten Handelsabkommen einfließen wird und demokratische Entscheidungen verhindern kann.

Teil I	Allgemeinen Regeln („General Provisions“), die für den Handel mit Dienstleistungen zwischen den Vertragsparteien gelten. <ul style="list-style-type: none"> ■ Kernbestimmungen des GATS ■ TiSA-spezifische Anforderungen („scheduling commitments“)
Teil II	Verpflichtungen jeder TiSA-Vertragspartei, inkl. Ausnahmen, zu den Themen: <ul style="list-style-type: none"> ■ Marktzugang, ■ Inländerbehandlung („national treatment commitments“).
Teil III	Sektorenübergreifende und sektorspezifische gemeinsame Vorschriften und Normen, inkl. Ausnahmen, in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> ■ Telekommunikation, ■ Finanzen, ■ Zustelldienste, ■ Seeverkehr.

Quelle: EU Kommission

Tabelle 1: Aufbau des Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen

Fußnoten

- 1) 2016, Greenpeace, „Another Secret Free Trade Agreement putting the Paris Agreement in a straight jacket“
- 2) <https://wikileaks.org/tisa>
- 3) <https://ttip-leaks.org/tisa>

ZUR AUTORIN:

► **Tatiana Abarzúa**

abarzua@dgs.de